

Maur und Zürich, 16. November 1998

KR-Nr. 426/1998

**POSTULAT** von Dr. Ruth Gurny Cassee (SP, Maur) und Ruedi Winkler (SP, Zürich)

betreffend Sozialbericht des Kantons Zürich 1999

---

Der Regierungsrat wird gebeten, den bisher bereits 1994, 1995 und 1997 erschienenen Sozialbericht in seiner bisherigen Form auch für das Jahr 1999 sicherzustellen und die entsprechenden Schritte rechtzeitig einzuleiten.

Zusätzlich wird er gebeten, den Sozialbericht um Daten und Hintergrundinformationen zu den Ursachen potentieller Hilfsbedürftigkeit (Erwerbslosigkeit respektive Einkommensschwäche trotz Erwerbstätigkeit) zu ergänzen.

Dr. Ruth Gurny Cassee  
Ruedi Winkler

Begründung:

Der Sozialbericht des Kantons Zürich stellt eine statistische Erhebung über die vom Kanton und von den Gemeinden finanzierten Sozialleistungen dar (Zusatzleistungen zur AHV/IV, Sozialhilfe, Arbeitslosenhilfe, Alimentenbevorschussung und Kleinkinder-Betreuungsbeiträge)

Um dem Anspruch einer effizienten und effektiven Steuerung der sozialstaatlichen Aufgaben gerecht werden zu können, braucht es zusätzlich zur Dokumentation öffentlicher Transferleistungen eine Beschreibung der armutsgefährdeten und armutsbetroffenen Bevölkerung.

Dazu gehören zum einen Daten über die Erwerbslosigkeit der SAKE (Schweizerische Arbeitskräfteerhebung), die für die ganze Schweiz und auch für den Kanton Zürich repräsentativ vorliegen. Anders als die periodisch vorgelegten Daten über die sog. arbeitslose Bevölkerung informieren die SAKE Daten nicht nur über Arbeitslosigkeit im Sinne des AVIG, sondern dokumentieren, wieviel Menschen erwerbslos sind, unabhängig von der Frage, ob sie auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung Anspruch haben oder nicht.

In den Sozialbericht gehören aber auch dringend Informationen über Form und Ausmass des Phänomens der "working poor", d.h. derjenigen Menschen, die trotz voller Erwerbstätigkeit zu wenig verdienen, als dass sie ihren Lebensunterhalt damit bestreiten könnten. Detaillierte Studien liegen für diesen Bereich nicht vor und sind von der Regierung zu initiieren.